

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Mr. 21. | Charlottenburg, Freitag, den 26. Mai 1922. | 49. Jahrg.

Der dritte Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

I.

Seit dem Wiederaufbau des Internationalen Gewerkschaftsbundes haben Kongresse 1919 in Amsterdam und 1920 in London stattgefunden. Der dritte Kongress tagte vom 20. bis 26. April in Rom. Ihm wohnten Vertreter der angeschlossenen Landeszentralen aus folgenden Ländern bei:

Deutschland (12 Vertreter für 8 000 000 Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Ufa-Bundes, darunter rund 2 Millionen Frauen), England (10 Vertreter für 6 000 000 Mitglieder), Deutschösterreich (1 Vertreter für 1 000 000 Mitglieder, darunter 215 175 Frauen), Belgien (6 Vertreter für 718 410 Mitglieder), Bulgarien (1 Vertreter für 4000 Mitglieder, darunter 790 Frauen), Dänemark (8 Vertreter für 279 255 Mitglieder, darunter 43 830 Frauen), Spanien (2 Vertreter für 240 113 Mitglieder), Frankreich (7 Vertreter für 1 500 000 Mitglieder), Ungarn (2 Vertreter für 152 441 Mitglieder, darunter 22 245 Frauen), Italien (7 Vertreter für 2 055 773 Mitglieder), Lettland (1 Vertreter für 30 000 Mitglieder, darunter 1954 Frauen), Luxemburg (2 Vertreter für 27 000 Mitglieder), Holland (9 Vertreter für 216 581 Mitglieder, darunter 12 796 Frauen), Polen (3 Vertreter für 403 138 Mitglieder, darunter 25 466 Frauen), Schweden (8 Vertreter für 277 242 Mitglieder, darunter 26 142 Frauen), Norwegen (1 Vertreter für 150 000 Mitglieder), Schweiz (6 Vertreter für 223 588 Mitglieder, darunter 43 334 Frauen), Tschechoslowakei (7 Vertreter für 750 000 Mitglieder, darunter 182 351 Frauen), Jugoslawien (1 Vertreter für 25 000 Mitglieder), im ganzen 94 Vertreter, darunter 7 Frauen, für 19 Landeszentralen mit 22 652 541 Mitgliedern. Außerdem nahmen teil die 5 Mitglieder des Bureaus, über 30 Mitglieder von rund 20 internationalen Berufsekretariaten, jedoch ohne Stimmrecht, sowie als Gäste u. a. Vertreter des internationalen Arbeiterinnenbundes und des internationalen Arbeitsamtes in Genf.

Der erste Tag war den Begrüßungsansprachen gewidmet.

Aus der Eröffnungsrede des Vorsitzenden Thomas sei folgendes wiedergegeben: Unser Kongress, der 19 Länder mit rund 23 Millionen Mitglieder vertritt und dem auch einige Landeszentralen angehören, die nicht vertreten sein konnten, stellt die größte internationale Macht dar, die heute vorhanden ist. Zufällig fällt der Kongress zeitlich zusammen mit der Konferenz der Regierungen in Genua, die daran erinnert werden muß, daß Europa trotz der Lehren des Weltkrieges eine Million Soldaten mehr zählt als vor dem Kriege, daß in den verschiedenen Ländern heute über 10 Millionen Arbeitslose vorhanden sind. Trotzdem will man immer noch nicht einsehen, daß das Unglück des einen Landes das Unglück der anderen bedeutet, und daß kein Land sich ohne die Hilfe der anderen Länder wieder aufrichten kann. Unter diesen Umständen müssen die Arbeiter dafür sorgen, daß die internationalen Gesichtspunkte bei der Behandlung solcher Probleme in den Vordergrund gestellt werden. Wir haben uns schon 1919 in Amsterdam gegen die Blockade Rußlands gewendet; wir haben im August 1920 die Munitionssperre durchgeführt und dadurch zur Beendigung des polnisch-russischen Krieges beigetragen, um neuerdings wieder eine Unterstützungsaktion für die Hungernden in Rußland anzuleiten. Daneben aber wünschen wir nichts sehnlicher, als rasch bald auch wirkliche Vertreter der russischen Gewerkschaften unter uns zu sehen, die bereit sind, die gemeinsame Arbeit

zu fördern, nicht aber, die Bewegung in anderen Ländern zu spalten.

Der Tätigkeitsbericht des Bundesvorstandes lag in Form einer Druckschrift von 128 Seiten vor. Nachdem der Aufbau des Bundes und seiner Geschäftsstelle in Amsterdam geschildert worden sind, folgt eine Darstellung der Tätigkeit des Bundes. An dieser Stelle kann davon nur hervorgehoben werden der Boykott gegen Ungarn, die Verweigerung der Munitionstransporte im polnisch-russischen Kriege, die Hilfsaktion für die Wiener Arbeiterbevölkerung und neuerdings eine noch weit größere Aktion für die Hungernden in Rußland. Die Spaltung der sozialistischen Internationale und die sich daraus ergebende Ohnmacht führten dazu, daß, wie auf vielen anderen rein politischen Gebieten der Internationale Gewerkschaftsbund auch in der Frage des 1. Mai die Initiative selbst in die Hand nehmen mußte. Am 16. April 1920 rief der IGB die Arbeiter aller Länder auf, am 1. Mai für die Sozialisierung der Produktionsmittel und die Durchführung der Beschlüsse von Washington zu demonstrieren.

Der Maiaufruf für das nächste Jahr fügte noch die Forderung der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und des Militarismus, des Eintretens für einen Weltfrieden, hinzu. Die Propaganda gegen den Krieg soll mit immer größerer Energie geführt werden.

Die Einnahmen und Ausgaben beliefen sich 1920 auf 156 000 holländische Gulden, wovon 54 000 Gulden für Gehälter, im Jahre 1921 auf 159 000 Gulden, wovon 84 000 Gulden für Gehälter erforderlich waren. Die beitragszahlenden Länder sind meist solche mit sehr geringer Valuta. Der Sitz des Sekretariats aber befindet sich in einem Lande mit sehr hoher Valuta, woraus sich erklärt, daß trotz der verhältnismäßig hohen Beiträge (Deutschland zahlte z. B. im letzten Jahre 472 000 Mk. Beiträge) die holländischen Organisationen mit Darlehen einspringen mußten. Infolge der sonderbaren Valutaverhältnisse stammt nominell mehr als die Hälfte aller Beiträge aus England.

Der Bericht war erst in Rom verteilt worden, weshalb die Aussprache darüber nur eine kurze sein konnte.

Lar now (Deutschland) erkannte an, daß er ein recht wertvolles Dokument darstelle und über eine sehr vielseitige Arbeit des Bureaus Aufschluß gebe, wenngleich man den Eindruck habe, daß manchmal etwas weniger Mühsamkeit mehr gewesen wäre. Besonders aber müßten internationale Aktionen in Zukunft gründlicher vorbereitet werden, damit Mißerfolge, wie beim Boykott gegen Ungarn oder bei der Hilfsaktion für Dänemark, vermieden werden. Diesem Mangel, und nicht, wie der Bericht scheint durchblicken lassen zu wollen, der ungenügenden deutschen Mitwirkung, sei der ungarische Mißerfolg zu verdanken. Zulaszky (Polen) wandte sich dagegen, daß die verhängte Behinderung der Munitionstransporte sich nur gegen Polen, dessen Freiheit bedroht war, richtete und daß sie ohne vorheriges Inverbindungtreten mit den polnischen Organisationen erfolgte. Die polnischen Arbeiter hätten selbst durch den Generalstreik die Beteiligung ihrer Regierung an diesem Kriege zu verhindern getrachtet. Als aber die Bolschewisten erobernd ins Land drangen und vor Warschau standen, da hätten auch die Arbeiter die bedrohte Republik verteidigen helfen müssen.

Bulfeg (Jugoslawien) bedauerte sehr, daß die Hilfsaktion für die Hungernden in Rußland in einem rein landwirtschaftlichen Gebiet erfolge und nicht in einem Gebiete, wo sie er-möglicht hätte, mit der Industriearbeiterschaft in Fühlung zu kommen. Im übrigen wünscht er weitere Förderung der Bewegung in schlecht organisierten Ländern durch die Internationale

Dumoulin (Frankreich) begrüßt besonders, daß der IGB Arbeiter aus den beiden Lagern der kriegsführenden Länder wieder zusammenführen konnte, und daß er alles tat, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu fördern. Dem vorerwähnten Bericht stimmt auch er zu, wünscht aber nicht, sich dadurch für die zukünftige Haltung des Bureau festzulegen.

Die Vertreter aus Lettland, Jugoslawien, Italien und Spanien sprachen für die ihrer Bewegung geleistete Hilfe den Dank aus, wobei der spanische Redner erklärte, daß der an seine Regierung gerichtete Protest des IGB gegen den weißen Schrecken bei der spanischen Regierung nicht ohne Wirkung geblieben sei und sich die Verhältnisse seitdem nicht wenig gebessert haben.

Fimmen (Sekretär) antwortete für das Bureau auf die verschiedenen Einwände und Fragen: der ungarische Vorkott war ein Teilerfolg, besonders dank der österreichischen und tschechischen Eisenbahner, obwohl die Vorbereitungen hätten besser sein können. Darauf wird in Zukunft auch mehr Gewicht gelegt werden. Die Aktion gegen die polnischen Munitionstransporte habe sich nicht gegen Polen, sondern gegen die Gefahr eines neuen Weltkrieges gerichtet, und sie würde daher in ähnlichen Fällen stets wiederholt werden. Mit besonderer Genugtuung wies der Redner darauf hin, daß der IGB schon innerhalb zweijähriger Tätigkeit nach dem Kriege die größte und einzig wirklich geschlossene internationale proletarische Macht darstelle.

Der Bericht des Bureau wurde darauf einstimmig gutgeheißen, bezugnehmend auf den von einem Bücherrevisor in Amsterdam gepriüfte Massenbericht.

Der 3. Tag (22. April) brachte die Aussprache über den Wiederaufbau Europas. Berichterstatter ist Jouhaux (Frankreich), der über die gleiche Frage auch eine kleine Druckschrift vorgelegt hat. Da die Stellungnahme des Genossen Jouhaux zu dieser Frage aus früheren Äußerungen zur Genüge bekannt ist, erübrigt es sich, hier ausführlicher zu berichten.

Leipart (Deutschland) verwies auf die beklagenswerte Lage der deutschen Arbeiterschaft und auf die Arbeitslosigkeit in den Entente-Ländern, zum Teil eine Folge der Geldentwertung in Deutschland und Mitteleuropa, die die heutige ungesunde Weltwirtschaft und die falsche Politik widerspiegeln, die heute in Europa getrieben wird und die auch die russische Hungersnot verschuldeten. Die unerschwinglichen Reparationen, eine Politik des Hasses und der Rache, erschwert nicht nur die Lage der deutschen Arbeiter, sondern der Arbeiter aller Länder, denen man nicht die Wahrheit sagt, wenn man behauptet, daß die Deutschen ein Wohlleben führen und daß es unseren Arbeitern besser gehe als in anderen Ländern. Leider hören aber auch Arbeiterblätter oft mehr auf die gefährlichen Berichte der bürgerlichen Presse wie auf die Mitteilungen, die sie von unseren Gewerkschaften erhalten. Leipart ging dann ausführlich auf die heutige Wirtschaftslage Deutschlands über, auf den Kohlen- und Rohstoffmangel, der den Beschäftigungsgrad herabdrückt und auf die Wirkungen der Währungschwankungen, die schon technisch die Anpassung der Löhne an die Geldentwertung fast unmöglich machen. Dabei wird der Hauptteil der Reparationsleistungen von den Ententekommissionen und Besatzungsgruppen aufgebraucht. Gegen diese Verschwendung deutscher Wirtschaftskraft und des Schweißes der deutschen Arbeiter wenden sich diese voller Empörung und Zorn. Diese Politik muß durch internationales Zusammenwirken der Völker, durch eine Politik der Vernunft, der Versöhnung und der Menschlichkeit ersetzt werden. Der Redner beantragte, die von der vorbereiteten Konferenz in Genua beschlossene Resolution anzunehmen.

Ben Turner (England) schloß sich den Vorrednern an.

Buozzi (Italien) wies darauf hin, daß es seinem Lande noch schlimmer geht als den besiegten Ländern, denn es hat auch in den neugewonnenen Gebieten keine Rohstoffe. Der Zusammenbruch künstlich geschaffener Kriegsindustrie und die Unmöglichkeit der Auswanderung haben dazu geführt, daß Italien heute eine Million Arbeitslose und eine halbe Million Kurzarbeiter zählt. Nur die Annullierung der Kriegsschulden und die internationale Regelung der Rohstoffe können die heutige Lage wirklich bessern, und das sollte in der Resolution noch schärfer zum Ausdruck kommen. Auch wünschte der Redner, daß alles geschieht, um den Wiederaufbau der amerikanischen Gewerkschaften an den IGB herbeizuführen.

Kabzen (Lettland) berichtete über die Lage in den baltischen Ländern und über das Ergebnis der letzten großen Kämpfe.

Die nachfolgende Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen:

Im Augenblick, wo die in Genua versammelten Vertreter der Regierungen die Mittel ausfindig zu machen suchen, um die wirtschaftliche Reorganisation Europas zu sichern und wo sie unter dem Druck der Tatsache der Notwendigkeit einer neuen internationalen Politik und der Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen den Völkern anerkennen, hat der Internationale Gewerkschaftsbund eine Konferenz zusammenberufen, um auch die Stimme der Arbeiterschaft hören zu lassen, ohne deren Mitarbeit das von allen Ländern geforderte Werk des Wiederaufbaues nicht in Angriff genommen und durchgeführt werden kann.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise deckt die nach dem Kriege begangenen Fehler auf. Sie ist das Resultat des wirtschaftlichen Nationalismus und Imperialismus und der dauernden Vertiefung der Tatsache der gegenseitigen materiellen und moralischen Abhängigkeit der Völker. Diese Fehler werden verschärft durch die Wirkungen der Spekulation, durch den Umstand, daß sich die Produktion nicht nach den Bedürfnissen richtet, und durch die Entwicklung eines Finanzkapitalismus, der, ohne direkt an der Produktion beteiligt zu sein, immer größere Macht über die gesamte Weltwirtschaft ausübt. Weil durch die Umstände begünstigte Nationen die Solidarität vergaßen, die ihr Schicksal tatsächlich an dasjenige der durch den Krieg verarmten Nationen bindet, ist die gewaltige Gleichgewichtsstörung entstanden, die in den reichen Ländern durch die Störung in der Produktion zum Ausdruck kommt, während die erschöpften Nationen nicht einmal in der Lage sind, für die primitivsten Bedürfnisse ihrer Bevölkerungen aufzukommen.

Eine derartige Politik und ein solches System verurteilen sich selbst durch ihre Folgen.

Die Arbeiterkonferenz weist nachdrücklich auf die verhängnisvollen Folgen hin, die diese Lage für die Arbeiterschaft nach sich zieht.

Zu einer Zeit, in der die volle Anspannung jeder Arbeitskraft geboten ist, befinden sich ungefähr 10 Millionen Lohnarbeiter arbeitslos und brotlos. Die Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft in allen Ländern verschlimmert dort noch die unerträgliche Notlage, in welcher sich die Familien der Erwerbslosen befinden, zieht aber auch schwerwiegende Folgen für die Wirtschaft der anderen Länder nach sich. Die Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts hat einen derartigen Umfang angenommen, daß die Verarmung einer Nation unmittelbar den Ruin der anderen nach sich zieht.

Die europäische Wirtschaftskrise kann nur durch internationale Zusammenarbeit aller Völker gelöst werden. Die zunehmende Lähmung der Produktion und des Handelsverkehrs können nur behoben werden, wenn alle Länder in den Besitz der für die Produktion unerlässlichen Mittel gelangen und damit in die Lage versetzt werden, sich das für den Lebensunterhalt Notwendige zu verschaffen. Das wirtschaftliche Gleichgewicht kann nur wiederhergestellt werden, wenn alle Nationen aufgefordert werden, mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten an dieser gemeinsamen Wiederaufbauarbeit teilzunehmen und zur Wiederherstellung des ganzen durch den Krieg und die bis jetzt vorherrschende Politik zerstörten Wirtschaftslebens beizutragen. Die Arbeiterkonferenz ist deshalb dafür, daß Rußland ohne Vorbehalt seinen Platz unter den europäischen Nationen wieder einzunehmen hat.

Bezüglich der Mittel zur Einleitung der wirtschaftlichen Reorganisation Europas erinnert die Konferenz an die auf dem Internationalen Gewerkschaftskongress in London (November 1920) gefaßten Beschlüsse und weist in erster Linie auf die Salutafrage und die Frage der Verteilung der Rohstoffe hin.

Die gegenwärtige Gleichgewichtsstörung auf dem Gebiete der Währungen, die nie dagewesene Formen angenommen hat und es den Ländern mit schlechter Valuta unmöglich macht, sich aus eigenen Kräften zu erholen, kann nur durch eine solidarische Aktion aller Nationen behoben werden.

Die gewaltige Schuldenlast der europäischen Staaten verhindert die Wiedergesundung der Weltwirtschaft. Vorbedingung für diese Gesundung ist die gegenseitige Annullierung der seitens der europäischen Staaten während des Krieges eingegangenen Schulden. Es ist unbedingt notwendig, die Gewährung von Krediten ins Auge zu fassen auf Grund einer internationalen durch die Hilfsquellen aller europäischen Nationen garantierten Anleihe, die vom Völkerbund organisiert und dessen Ertrag unter seiner Kontrolle dazu verwendet werden soll, den verarmten Staaten die Mittel zur Wiederaufnahme ihrer normalen industriellen und kommerziellen Tätigkeit zu verschaffen.

Daneben hält die Konferenz eine Prüfung und sofortige Lösung der Probleme für unerlässlich, die auf dem europäischen Wirtschaftsleben lasten. Die finanzielle Verwirrung kann nicht ohne Milderung der in der Reparationsfrage verfolgten Politik in Erwägung gezogen werden. Sie verlangt auf Grund des vom Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam im März 1921 aufgestellten Programms die Revision der Reparationsbestimmungen.

Dieses Programm verurteilt die Regelung der Reparationsfrage durch Geldzahlungen und die Illusionen derjenigen, welche in einer Anhäufung von Milliardenforderungen das Mittel gefunden zu haben glauben, um Deutschlands Verpflichtungen festzustellen. Sie erklärt, daß die einzige Lösung, die zu einem schnellen Wiederaufbau führen kann, diejenige ist, welche sich auf die Zusammenarbeit aller Völker gründet und welche die Last der Reparationen auf die Schultern der Besitzenden, nicht auf die der Arbeiterklasse legt. Soll der Wiederaufbau erfolgreich in Angriff genommen werden, so darf man sich nicht auf die Hilfsquellen eines Landes beschränken. Die Regelung der Reparationen muß international sein. Sie soll nicht nur die Hilfsquellen Deutschlands in Rechnung stellen, sondern auch alle anderen Völker zur Mitarbeit heranziehen.

Um die Deutschland auferlegten Lasten auf ein vernünftiges Maß zurückzuführen, ist es ferner erforderlich, daß die Ententemächte auf die Erstattung der Summen für die Kriegsschulden sowie auf die militärische Besetzung und die Sanktionen verzichten.

Aber die Lösung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise hängt nicht allein von einer Finanzoperation ab, auch wenn sie noch so großen Stills ist. Es ist unbedingt notwendig, neben der Schaffung internationalen Kredite eine internationale Kontrolle der Ver-

Das neue Wahlverfahren in der sozialen Versicherung.

Von Friedr. Kleis.

Das „Reichsgesetzblatt“ vom 28. April 1922 veröffentlicht ein neues Gesetz über Aenderung der Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung. Es bringt eine einschneidende Neugestaltung der Wahlen der Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten, namentlich für die Versicherungsbehörden. Diese Wahlen litten seither an einer großen Kompliziertheit. Die Neuerungen bewegen sich in der Richtung einer Vereinfachung und Demokratisierung. Ganze Arbeit macht freilich das neue Gesetz noch nicht; aber das war auch noch nicht recht möglich, dazu gehört eine gründliche Reform unserer ganzen sozialen Versicherung.

Zunächst bringt das neue Gesetz endlich die restlose Gleichstellung der Frauen mit den Männern in der Bildung der Versicherungsbehörden. Bisher konnten zu Vertretern bei den Versicherungsämtern, Oberversicherungsämtern, Landesversicherungsämtern und dem Reichsversicherungsamt nur Männer gewählt werden. Das war schon deshalb widersinnig, weil die Frauen, wenigstens soweit die Wahlen bei den zahlreichen Versicherungsämtern in Frage kommen, das aktive Wahlrecht besaßen. Nur die Fähigkeit, selbst gewählt zu werden, hatte man ihnen immer noch nicht zuerkannt, weil es sich dabei um „Ausübung richterlicher Funktionen“ handelte. Schon bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung im Jahre 1911 forderte die Sozialdemokratie die völlige Gleichberechtigung der Frau. Sie wurde aber seinerzeit von den gesamten bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Eine weitere Neuerung besteht darin, daß die Beisitzer bei den Oberversicherungsämtern nicht mehr von den Berufsgenossenschaften und (soweit die Versicherten in Frage kommen) von den Beisitzern bei den unteren Versicherungsämtern gewählt werden. Sie werden vielmehr von den Ausschüssen der Landesversicherungsanstalten, also den Körperschaften zur Durchführung der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, gewählt. Wie alle Wahlen in der sozialen Versicherung wird auch diese nach den Grundsätzen des Verhältnissystems vorgenommen. Bei den besonderen Oberversicherungsämtern für die knappschaftliche Versicherung usw. (die man viel richtiger beseitigt hätte), werden die Versichertenvertreter von den Ausschlußmitgliedern der Versicherten in den Betriebskrankenkassen gewählt.

Die Vertreter beim Reichsversicherungsamt werden auch auf eine neue Art gewählt, und zwar nunmehr sämtlich von den Ausschlußmitgliedern der Landesversicherungsanstalten und der entsprechenden Vertretungen der Sonderanstalten. Die Ausschlußmitglieder, die dem Gewerbe angehören, wählen je sieben Vertreter aus dem Bereiche der Gewerbeunfallversicherung und je einen aus der Seeunfallversicherung. Die der Landwirtschaft angehörenden Ausschlußmitglieder wählen je vier nichtständige Mitglieder aus dem Bereiche der landwirtschaftlichen Unfallversicherung. Insgesamt sind demnach je zwölf Arbeitgeber- und Versichertenvertreter, daneben aber eine sehr große Zahl von Stellvertretern zu wählen. Bei den Landesversicherungsämtern (von denen wir nur noch drei in München, Dresden und Karlsruhe kennen), wird die Wahl in entsprechender Weise von den Ausschüssen der zuständigen Landesversicherungsanstalt und der Sonderanstalten vorgenommen.

Für das Gebiet der Unfallversicherung kennen wir gesetzlich vorgesehene Vertreter der Versicherten nur für die Zwecke der Unfallverhütung. Sie wurden von den Beisitzern bei den Oberversicherungsämtern gewählt. Nunmehr werden sie ebenfalls von den Versicherungsmitgliedern in den Ausschüssen der Versicherungsanstalten gewählt, in deren Bezirk die Berufsgenossenschaft Mitglieder hat. Die Ausschlußmitglieder, die dem Bereiche der Gewerbeunfallversicherung angehören, wählen die Vertreter für diesen Versicherungszweig, die Mitglieder aus der landwirtschaftlichen Unfallversicherung wählen nur für diese.

Aus vorstehendem geht hervor, daß der Ausschuß der Landesversicherungsanstalt zum Wahlkörper für eine ganze Reihe der wichtigsten Wahlen berufen worden ist. Hieraus ergab sich von selbst die Notwendigkeit, nunmehr das Wahlverfahren für diese Ausschüsse demokratischer zu gestalten. Jetzt ist bestimmt, daß die Versichertenmitglieder dieser von den Personen gewählt werden, die für die Wahl der Versichertenvertreter bei den unteren Versicherungsämtern wahlberechtigt sind. Das sind nämlich die Vorstandsmitglieder der Krankenkassen. Die für die Wahl der Vertreter für das Versicherungsamt festgesetzte Stimmzahl gilt auch für die Wahl der Versichertenvertreter in den Ausschüssen der Landesversicherungsanstalt. Die Arbeitgebervertreter in diesen Ausschüssen werden in einem umständlichen Verfahren von den Berufsgenossenschaften gewählt. Neu ist weiter, daß die oberste Verwaltungsbehörde bestimmt, wieviel Mitglieder eines Ausschusses der Landesversicherungsanstalten dem Gewerbe und wie-

teilung der für Industrie und Landwirtschaft wichtigsten Rohstoffe einzuführen, und zwar zu dem Zwecke, den Kauf und Verbrauch der Rohstoffe dem Bereich der privaten Spekulation zu entziehen, sowie die Frachtenpreise international zu regeln, zu dem Zwecke, die Interessen von Export und Import in Einklang zu bringen.

Die Lösung des Rohstoffproblems ist untrennbar von den finanziellen Maßnahmen, die zur Behebung der Valutakrise zu ergreifen sind.

Das Gleichgewicht zwischen den bestehenden Geldwerten kann nicht wiederhergestellt werden, wenn sich nicht alle Nationen zu einer Regelung der Produktion entschließen, die gewährleistet, daß die Rohstoffe besitzenden Nationen die industrielle Lage der armen Nationen nicht immer schwieriger gestalten und es diesen unmöglich machen, zu konkurrieren. Eine derartige Lösung kann nur verwirklicht werden, wenn alle Länder in die Lage versetzt werden, intensiv zu arbeiten, um auf diese Weise für die gelieferten Rohstoffe und Fabrikate mittels ihrer Arbeit einen Gegenwert bieten zu können.

Diese allgemeinen Maßnahmen, die zu vervollständigen wären, indem der Ausbeutung noch nicht zugeführte oder unvollkommen betriebene Ländereien und Bergwerke von einem internationalen Konzern ausgebeutet werden, würden Europa die Möglichkeit bieten, den Prozeß von Produktion und Austausch zu regeln und durch eine rationelle Verwendung der Arbeitskräfte der verschiedenen Länder Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit zu vermeiden.

Nur die oben erwähnten Mittel lassen hoffen, daß die übertriebene Schutzollpolitik endgültig verschwindet.

Diese Schutzollpolitik ist eine der wichtigsten Ursachen, die die Vertenerung der Lebenshaltung, die Herabsetzung des Lebensniveaus der Arbeiter, die Verminderung ihrer Produktivkraft und die Demoralisierung des Proletariats durch die Wirkungen der immer mehr anwachsenden Arbeitslosigkeit verschulden.

Das zu erstrebende Ziel ist demnach:

1. Die Schwierigkeiten zu beseitigen, mit welchen die Länder mit schlechtem Wechselkurs in der Beschaffung der für die Industrie unbedingt notwendigen Rohstoffe zu kämpfen haben, um den inneren Konsum decken zu können und in der Lage zu sein, mit anderen Ländern in Handelsverkehr zu treten und so ihre Finanzen auf eine gesunde Grundlage zu stellen;

2. dem wirtschaftlichen Imperialismus, dessen Konsequenzen sich in der gegenwärtigen Krise zeigen, sowie den Gefahren, die er für den Frieden in sich schließt, ein Ende zu setzen;

3. die verschiedenen Nationen dazu zu bringen, im eigenen Lande und unter sich die Produktionen so zu organisieren, daß es möglich sein wird, sie mit den bestehenden Bedürfnissen in Einklang zu bringen und die möglichste Entwicklung und Ausnutzung der natürlichen Hilfsquellen zu erzielen, was nur erreicht werden kann, wenn alle Völker in die Lage versetzt werden, ihre Arbeitskräfte voll einzusetzen. Die internationale Arbeiterbewegung gibt der Ansicht Ausdruck, daß diese Maßnahmen wichtig sind, um die gegenwärtige Krise zu bekämpfen und daß ihre Verwirklichung nicht mehr aufgeschoben werden kann.

Die Konferenz spricht die einmütige Ueberzeugung der Arbeiterorganisationen aus, daß die Abrüstung unumgängliche Vorbedingung für die wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas ist.

Es ist im höchsten Maße beklagenswert, daß nach dem furchtbaren Blutbad des Krieges und trotz der Entwaffnung Deutschlands der Gesamtbestand der stehenden Heere in Europa sich heute auf 4 700 000 Mann gegenüber 3 700 000 vor dem Weltkrieg beläuft.

Das bedeutet eine schwere und unproduktive Belastung der Völker und beeinträchtigt den Wiederaufbau der Ruinen, die der Krieg hinterlassen hat. Die Verminderung der Rüstungen ist eine der leidenschaftlichsten Forderungen der Völker, nicht allein wegen der Vermeidung von Kräften und Werten, die sie mit sich bringt, sondern auch wegen der schweren Gefährdung des Friedens, die sie bedeutet.

Die Konferenz bedauert, daß die Frage der Abrüstung nicht auf der Tagesordnung der Konferenz der Regierungen steht.

Sie nimmt Kenntnis davon, daß diese Frage der vom Völkerbund eingeleiteten besonderen Kommission unterbreitet wurde, und von dieser bereits bearbeitet wird. Sie fordert, daß die Regierungen sich verpflichten, die Arbeiten dieser Kommission zu unterstützen und alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um ihren Erfolg zu sichern und auch hierdurch den wirtschaftlichen Wiederaufbau des erschöpften Europas zu fördern.

Dieser Wiederaufbau kann nur durch den Frieden gesichert werden und wird nur dann von Wert sein, wenn dadurch endlich Beziehungen zwischen den Völkern hergestellt werden, welche diese in einem gemeinsamen Werke vereinigen, das den durch den Krieg und die neuen Konfliktursachen geschaffenen Haß zum Schwinden bringt. Aus demselben Grunde wendet die Arbeiterkonferenz in Genua sich gegen die vom Kapitalismus gemachten Versuche, das zu unternehmende internationale Werk in seinem eigenen Interesse mit Beschlag zu belegen. Die Tatsache, daß in den reichen Ländern gebildete Syndikate, Trusts und Konsortien sich der Unternehmungen der verarmten Teile Europas bemächtigen, würde zwischen diesen Nationen neuen wirtschaftlichen Wettbewerb zur Folge haben.

Die Arbeiterbewegung kann eine solche Lösung zugunsten des Kapitalismus, dessen Verantwortlichkeiten in der gegenwärtigen Krise offensichtlich sind, nicht annehmen.

Sie kann auch nicht zulassen, daß die geplante wirtschaftliche Reorganisation als Vorwand benutzt wird, um die von der Arbeiterklasse errungenen Vorteile zu schmälern und insbesondere die Konvention über den Achtstundentag oder die Achtundvierzigstundenwoche abzuändern.

Die Arbeiter sind bereit zur Mitarbeit an dem in Genua begonnenen Werk. Sie wünschen mit aller Kraft die Frieden zu sichern, das Elend, wozu dem die Völker leiden, zu beenden und den höchsten Interessen der Menschheit zu dienen. Sie werden aber unter keinen Umständen zugeben, daß dieser Wiederaufbau ihre Interessen beeinträchtigt und die schon bestehende Notlage noch verschlimmert.

viel der Landwirtschaft angehören müssen. Bisher bestanden darüber keine Vorschriften; die Mitglieder konnten beruflich sein, was sie wollten, sie brauchten nur gegen Invaldität versichert zu sein.

Man sieht, die ganze Einrichtung ist auch jetzt noch sehr verwickelt, trotzdem die Wahl mancher Vertreter um ein oder gar mehrere Wahlgänge verkürzt worden ist. Wegen des Schwerpunktes, der jetzt bei den Ausschüssen der Landesversicherungsanstalten liegt, werden diese nicht mehr von den Beisitzern bei den unteren Versicherungsämtern, sondern von einem viel größeren Kreis von Wählern, nämlich unmittelbar von den Krankenkassenvorstandsmitgliedern gewählt. Auch bei der Wahl der Vertreter für das Reichsversicherungsamt ergeben sich Vereinfachungen.

Die Wahlen zu den Versicherungsbehörden, zu den Vertretern der Versicherten für die Unfallverhütung und zu den Ausschüssen und Vorständen der Versicherungsanstalten sind, soweit sie nicht seit Beginn des Jahres 1920 vorgenommen sind, alsbald vorzunehmen oder zu erneuern. Die Wahlzeit läuft mit der Vollziehung der im Jahre 1926 vorzunehmenden Neuwahlen ab. Dies gilt auch für solche seit Beginn des Jahres 1920 vorgenommene Wahlen. Reicht die Zahl der gewählten Vertreter nicht mehr aus, so sind für die Ergänzung eine Reihe von Vorschriften vorgesehen. Bevor an die Vornahme der Wahlen herangegangen werden kann, müssen erst noch verschiedene Wahlordnung und Ausführungsanweisungen ergehen. Dies geht erfahrungsgemäß nicht so schnell. Die Wahlen werden unmöglich noch in diesem Jahre restlos erledigt werden können.

Existenzminimum und Einkommen.

Von Dr. R. Kuczynski.

Nach meinen Berechnungen betragen die wöchentlichen Kosten des Existenzminimums für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren im April 1922 in Groß-Berlin 915 Mk. gegenüber 28,80 Mk. im letzten Vorkriegsjahr, d. h. 32mal soviel. Die Steigerung war natürlich nicht für alle Bedarfsgruppen die gleiche. Es stiegen die Mindestausgaben für

Ernährung	von 9,80 Mk. auf 417 Mk., d. h. auf das 43fache
Wohnung	" 5,50 " " 14 " " " " " 2 1/2 "
Heizung	" 1,15 " " 51 " " " " " 44 "
Beleuchtung	" 0,75 " " 23 " " " " " 30 "
Bekleidung	" 5,85 " " 210 " " " " " 36 "
Sonstiges	" 5,75 " " 200 " " " " " 35 "

Auch innerhalb der einzelnen Bedarfsgruppen war die Steigerung eine sehr verschiedene. Es stiegen z. B.

- 1 Pfund Haferflocken von 25 Pf. auf 8,90 Mk., d. h. auf das 36fache;
- 1 Pfund Margarine von 80 Pf. auf 34 Mk., d. h. auf das 42fache;
- 1 Pfund Reis von 22 Pf. auf 11,60 Mk., d. h. auf das 53fache;
- 1 Pfund Kartoffeln von 2 1/2 Pf. auf 3,10 Mk., d. h. auf das 124fache.

Infolgedessen sind manche Waren, die, an ihrem Nährwert gemessen, vor dem Kriege verhältnismäßig teuer waren, heute verhältnismäßig billig und umgekehrt. So kosteten vor dem Kriege 1000 Kalorien in Kartoffeln 7 Pf., in Haferflocken 16 Pf., hingegen heute 1000 Kalorien in Kartoffeln 8,30 Mk., in Haferflocken 5,60 Mk. Vor dem Kriege waren also, am Nährwert gemessen, Kartoffeln noch nicht halb so teuer wie Haferflocken; heute sind sie anderthalbmal so teuer.

Selbstverständlich ist das Einkommen der großen Masse der Berliner Bevölkerung seit der Vorkriegszeit weniger gestiegen als die Kosten des Existenzminimums.

Der tarifliche Wochenlohn der Maurer und Zimmerer z. B. stieg von 44,28 Mk. im Juli 1914 auf 987 Mk. im April 1922, d. h. auf das 22fache, der tarifliche Wochenlohn der verheirateten Buchdrucker von 34,38 Mk. im Juli 1914 auf 773 Mk. im April d. J., d. h. auch auf das 22fache, gegenüber einer Steigerung der Kosten des Existenzminimums auf das 32fache. Während im Juli 1914 der tarifliche Wochenlohn der Maurer und Zimmerer um 54 Proz., der der Buchdrucker um 19 Proz. höher war als die Kosten des Existenzminimums für eine vierköpfige Familie, war im April 1922 der tarifliche Wochenlohn der Maurer und Zimmerer um 8 Proz. höher, der der Buchdrucker um 16 Proz. geringer als dieses Existenzminimum.

Bei den verheirateten Bankangestellten im 10. Berufsjahr mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren ist das Jahreseinkommen von 1913 bis zum April 1922 folgendermaßen gestiegen: Bankangestellte ohne banktechnische Vorbildung von 2165 auf 54 803 Mk., d. h. auf das 25fache; Bankangestellte mit banktechnischer Vorbildung für einfachere Arbeiten von 3210 auf 57 756 Mk.,

d. h. auf das 18fache; Bankangestellte mit banktechnischer Vorbildung für höhere Arbeiten von 3525 auf 58 522 Mk., d. h. auf das 17fache. Gleichzeitig stiegen die jährlichen Kosten des Existenzminimums für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren von 1500 Mk. auf 47 700 Mk., d. h. auf das 32fache. Vor dem Kriege war das Einkommen der Bankangestellten um 44 Proz., das der Bankangestellten für einfachere Arbeiten um 114 Proz., das der Bankangestellten für höhere Arbeiten um 135 Proz. höher als die Kosten des Existenzminimums. Heute übersteigt das Einkommen der drei Gruppen die Kosten des Existenzminimums nur um 15, 21 bzw. 23 Proz.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Sechszwanzigfache Steigerung der Lebenshaltungskosten. — Genua und Paris. — Erlahmung der Kaufkraft. — Maßnahmen zur Wucherbekämpfung und gegen die preistreibende Kartell- und Konventionspolitik.

Fast in der gesamten Presse sind in der letzten Woche die Veröffentlichungen über die Erhöhung der Lebenshaltungskosten im April abgedruckt worden. Von besonderem Interesse für die rein wirtschaftlichen Verhältnisse sind aber die Indizes, die die „Frankfurter Zeitung“ in der letzten Woche über den Großhandelsindex Anfang Mai veröffentlicht. Sie zeigen an, daß das Tempo der Erhöhung im April gegenüber den letzten Monaten langsamer geworden, ja, daß gegenüber erheblichen Preiserhöhungen im Großhandel auch Preisabschläge zu verzeichnen sind. Die Preisabschläge sind begreiflicherweise bei den Einfuhrwaren festzustellen, da sie mit dem sinkenden Dollarkurs billiger werden mußten, während bei den Inlandswaren, insbesondere bei den im Preis gebundenen Rohstoffen, wie Kohle, im April noch beträchtliche Erhöhungen erfolgten. Unter Zugrundelegung des Gesamtindex für 77 Waren aus allen Warengruppen zu Anfang Januar 1920 gleich 100 Proz., ergibt sich für Mai 1922 eine Indexziffer von 585, während April eine Ziffer von 543 aufwies. Wird bei den gleichen Waren der Preisstand von 1914 gleich 100 gesetzt, so hat das Gesamtpreisniveau nunmehr nahezu das 66fache des Friedensstandes erreicht. Aus den einzelnen Gruppenzahlen fallen vor allem die Rekordsteigerungen der Gruppen Textilien, Leder usw. bis zum 100fachen des Friedensstandes auf.

Auch in der letzten Woche herrschte infolge der Genueser Konferenz, der bevorstehenden Besprechung über die Reparationsfragen in Paris und der Zusammenkunft der Notenbanken in London starke Unsicherheit auf allen Märkten. Die Mark war trotz der sehr resignierten Nachrichten aus Genua immer noch relativ stabil geblieben. Die Diskussionen über die Auslandsanleihen, die auf die Besprechungen in Paris gesetzten Erwartungen, sowie auch die Mitteilung des Reichsfinanzministers, daß die Steuereingänge nach dem jetzt vorliegenden Bericht über das am 31. März abgeschlossene Rechnungsjahr 1921 voraussichtlich ein Mehr gegenüber dem Vorschlage von über 30 Milliarden Mark ergeben werden, hat sicherlich der Mark einen gewissen Halt verliehen. Die Erklärungen über die Steuereingänge werden Verhandlungen über die Ententeforderung nach 60 Papiermilliarden neuer Steuern wesentlich erleichtern, da dann auch das unlängst beschlossene Steuerbudget, das gleichfalls auf Schätzung des vergangenen Jahres beruht, einen Mehrbetrag ergeben dürfte. Das ganze Interesse der laufenden Woche konzentriert sich deshalb auf die sich in Paris vollziehenden Verhandlungen mit der Reparationskommission.

Die Wirtschaftslage zeigt in der vergangenen Woche das gleiche Bild wie in den Vorwochen seit Genua. In der Industrie gehen die Auftragseingänge weiter zurück, wenn auch die bis jetzt vorhandenen Bestellungen noch eine weitere Beschäftigung ermöglichen. Dagegen zeigt sich in der Fertigung, im Groß- und Kleinhandel eine zunehmende Beängstigung vor den Absatzschwierigkeiten. Während der Preishauffee hat man, um überhaupt Waren zu bekommen, mit den Fabrikanten meist zu Gleitpreisen abgeschlossen, bei denen der Lieferant sich Aufschläge für Lohn- und Materialpreiserhöhungen vorbehalten hatte. Der Fabrikant hatte so z. B. das Risiko der erst jetzt in den Produkten zum Ausdruck kommenden Kohlenpreiserhöhungen des April bereits auf seine Abnehmer übertragen. Die Ueberwälzung des Risikos kann leicht krisenverschärfend wirken, indem sie die Preise der Fertigwaren beschleunigt hochtreibt. Wenn man auch heute noch nicht von einem Käuferstreik wie 1920 sprechen kann, so ist doch eine Zurückhaltung in der Verbraucherschaft wie vor allem eine Erlahmung der Kaufkraft zu beachten.

Die Preiserhöhungen im April haben gerade bei der Arbeiter- und Verbraucherschaft die dringende Forderung nach Abhilfemaßnahmen ausgelöst. Besonders in den Industriebezirken haben die hohen Kartoffelpreise, die unerhörten Zuderpreise bei

Allgemeiner Zuckerknappheit, die größte Erbitterung hervorgerufen. Wenn auch in der Arbeiterschaft nicht verkannt wird, daß die fortwährende Geldentwertung im letzten Grunde mit den Reparations- und Anleihefragen im Zusammenhang steht, wird doch immer entschiedener nach zwei Richtungen hin ein Eingreifen der Regierung gefordert: einmal zu Maßnahmen hinsichtlich der Kartell- und Verbandspolitik, dann auch in Hinsicht auf die Wucherbekämpfung. Mit besonderem Interesse sind deshalb die Verhandlungen über den Gesetzentwurf über die öffentliche Bekanntmachung von Urteilen wegen Preistreiberei, Schleichhandel, verbotener Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände und unzulässigen Handels im Reichstag verfolgt worden. In den Beratungen des mit dem Entwurf befaßten volkswirtschaftlichen Ausschusses ist darauf hingewiesen worden, daß es neuer, strafverschärfender Gesetze nicht bedürfe, sondern es lediglich darauf ankomme, sie durchgreifend zur Anwendung zu bringen. Nach der Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918, sowie nach der Verordnung über den Schleichhandel vom 7. März 1918 wird Preistwucher, Höchstpreisüberschreitung und Schleichhandel mit Gefängnis bis zu 5 Jahren oder Geldstrafe bis zu 500 000 Mark bedroht. Der rückfällige Täter setzt sich einer Zuchthausstrafe bis zu 5 Jahren aus. Diese Strafen sind durch das Gesetz über Verschärfung der Strafen gegen Schleichhandel, Preistreiberei und verbotener Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände für besonders schwere Fälle erheblich erhöht worden. Es sind zugelassen Zuchthaus bis zu fünfzehn Jahren und Geldstrafen in unbeschränkter Höhe, demnach bis zur vollen Vermögenskonfiskation. Daneben ist der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und die Untersagung des Handels mit Gegenständen des täglichen Bedarfs für mindestens zwei Jahre zwingend vorgeschrieben. Ferner sind diejenigen Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, sowie die zur Tat verwendeten Verpackung- und Beförderungsmittel einzuziehen. Uebrigens verbleibt es bei der Einziehung der durch die Straftat erlangten übermäßigen Gewinne, sowie der über den Höchstpreis erzielten Entgelte.

Wenn dessen ungeachtet die Klagen über den Wucher und Schleichhandel nicht verstummen wollen, so liegt das daran, daß diese Bestimmungen in wenigen Fällen ihre Anwendung finden. Der behördliche Apparat arbeitet zu langsam und unvollkommen und ist mit den Schlichen des Schiebertums zu wenig vertraut. Das ganze Gewicht der behördlichen Untersuchungen der Wucherbehörden und Preisprüfungsstellen richtet sich in den meisten Fällen nur gegen den Kleinhändler, der für die Preistreiberei und die ungünstige Preisentwicklung nur in geringerem Umfange verantwortlich gemacht werden kann. Gerade bei ihm darf aber nicht übersehen werden, daß er seine Preise durch die stark kartellierte Industrie und dem mit ihr verbündeten Großhandel vorgeschrieben erhält, und daß die landwirtschaftlichen Erzeugnisse in Anbetracht der überproportionalen Schwierigkeiten einer Nachprüfung der Gestehungskosten jeder Ueberwachung spotten. Nur eine Einflußnahme auf die Erzeugerpreise selbst kann auf die Dauer zu einem Endergebnis führen. Es muß daher verlangt werden, daß jeder in dieser Hinsicht gemachte Vorschlag ernsthaft geprüft wird, der die Industrie, insbesondere die Kartelle und Konventionen einem Einfluß zu unterwerfen beabsichtigt. Es ist in letzter Zeit eine Anregung gegeben worden, eine Anmeldung der bereits bestehenden, sowie der neu zu errichtenden Kartelle und Konventionen einzuführen, wobei eine Mitteilungspflicht von jeder Preisänderung unter eingehender Darlegung der sie bedingenden Ursachen, sowie Gewährung der Untersagungsbefugnis seitens der Reichsregierung oder der von ihr bestimmten Stellen für den Fall ungerechtfertigter Preisgestaltung gegeben sein muß.

Im allgemeinen ist also hauptsächlich zu fordern, daß die Kontrollen der vorhandenen Warenmengen daraufhin, ob unberechtigte, preistreibende Zurückhaltung vorliegt, mit gehöriger Schärfe durchgeführt werden.

Nun versucht man in letzter Zeit, besonders auf Betreiben des Großhandels, für die Aenderung der Wucherverordnungen Stimmung zu machen. Die „Wiederbeschaffungskosten“ sollen danach nicht unter den Begriff „Wucher“ fallen. Zwar ist das Streben nach einem objektiven Merkmal des Wuchers unbedingt zu fördern — hätten wir dieses, so wäre die Durchführung der Wucherbestimmungen wesentlich erleichtert —, aber die Forderung nach den Wiederbeschaffungskosten ist diesem Bestreben geradezu entgegengekehrt. Geht sie durch, so erhält die Leuerungswelle dadurch einen neuen Antrieb, daß der Handel jedes Interesse verliert, sich Preisänderungen zu widersetzen. Mit einer solchen Bestimmung wären die Dämme gegen die Preistreiberei eingerissen.

Für die Zuckerversorgung ist in letzter Zeit neben der Anregung der freien Zuckereinfuhr der Plan eines Zwangssyndikates in die Debatte geworfen worden. Gerade die ringfreien Zuckerraffinerien, welche die Preise besonders getrieben haben, sollen mit

den vereinigten Zuckerraffinerien in einem Zwangssyndikat vereinigt werden. Nachdem in diesen Tagen im Ernährungsministerium die Kartoffelumlage an dem Widerstande Bayerns und Preußens gescheitert ist, wobei man hauptsächlich ihre technische Undurchführbarkeit und das Fehlen eines Apparates gegen ein Umlageverfahren geltend machte, hat man sich zu Lieferungsverträgen zwischen Erzeuger- und Verbraucherorganisationen unter Beteiligung der Landesbehörden und großen Städte entschlossen. Ebenso soll bei Verteilung von Handelskonzessionen verhindert werden, daß wilde Händler, besonders auch Industriegruppen, die Preise sich gegenseitig in die Höhe treiben. Ueber die Ausgestaltung der Lieferungsverträge wird eine besondere Kommission beraten, in welcher Arbeitnehmer-, Verbraucher-, Stadtgenossenschaftsvertreter neben Landbund und ländlichen Genossenschaftsvertretern zusammenarbeiten. Wenn schon gegen das Kartoffelumlageverfahren das Fehlen eines technischen Apparates geltend gemacht wurde, so trifft für den geforderten Wegfall der Getreideumlage dieser Grund keinesfalls zu, da die Reichsgetreidestelle selbst auch eine auf 4½ Millionen Tonnen zu erhöhende Getreideumlage beizutreiben imstande ist. Deshalb richtet sich ja der Kampf gegen sie. Wie wir hören, ist auch Preußen für die Fortsetzung der Getreideumlage.

Aus unserem Beruf.

Das ab 8. April gültige Lohnabkommen für die feinkeramische Industrie wurde von uns aufgekündigt. Es läuft am 27. Mai ab. **Althaldensleben.** Die Zahlstelle Althaldensleben stellt den Antrag, für ein neues Lohnabkommen feste Stundenzuschläge zu fordern. Die im Zeitlohn beschäftigten sonstigen Arbeiter und Arbeiterinnen sind besonders zu berücksichtigen.

Berlin. Die Schildermaler Berlins stehen in einer Lohnbewegung. Es ist Bezug nach hier fernzuhalten.

Bad Schmiedeberg, Bezirk Halle. Am 12. Mai wurde durch Verhandlungen bei der Firma Steingutfabrik M. Lohse eine Neuregelung der Löhne vorgenommen. Die neuen Lohnsätze haben Geltung ab 2. Mai. Den zugereisten Kollegen wird auch neben dem Lohn eine wöchentliche Wohnungsbeihilfe gezahlt. Bei den Verhandlungen wurde festgestellt, daß die vorher in diesem Betriebe gezahlten Löhne zwar nicht denen der anderen Steingutbetriebe gleich standen, sich aber nicht unter den tariflichen Mindestlöhnen bewegten. Da in Nr. 18 der „Ameise“ berichtet wurde, daß „auch die Behandlung der Arbeiter zu wünschen übrig lasse“, fand darüber bei Beginn der Verhandlungen eine Aussprache statt, die folgendes ergab: Zwischen Arbeitern und Vertretern der Firma kam es teils wegen der Entlohnung und teils aus Ursachen, die sich aus der Lösung des Arbeitsverhältnisses ergaben, zu Auseinandersetzungen. Im allgemeinen kann über die Behandlung nicht geklagt werden. Die Firma strebte deshalb die Lösung des Arbeitsverhältnisses mit mehreren zugereisten Facharbeitern an, weil sie infolge von Fehlschlägen, die in nicht geeigneter Masse ihre Ursache hatten, die Produktion einschränken mußte. Jetzt sind diese Schwierigkeiten behoben. Auch ist die Betriebseinrichtung so weit fortgeschritten, daß nächstens in der Dreherei und Malerei im Mord gearbeitet werden kann.

Gewerkschaftliches.

Fritz Bruns †.

Der langjährige Hauptkassierer des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, **Fritz Bruns**, ist im Alter von 64 Jahren einem Schlaganfall erlegen. 22 Jahre führte der Verstorbene die Kassengeschäfte des Fabrikarbeiterverbandes und war ein Vorbild für Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit. Mit regem Eifer war er bestrebt, die Interessen des Verbandes zu fördern und zum Wohle seiner Kollegen zu wirken. Seinen Lebensabend gedachte er bei seinen Töchtern in Nordamerika zu verbringen, doch hat der Tod diesen Plan vernichtet. Er ruhe in Frieden!

Der Verband der Fabrikarbeiter hat in seiner Beiratsführung am 9. Mai 1922 eine Neuregelung der Beitrags- und Unterstützungsätze beschlossen. Die neuen Beiträge betragen 3,— bis 16,— M. pro Woche. Sie werden erstmalig für die am 4. Juni beginnende Beitragswoche erhoben.

Bermischtes.

Wann können fortbildungspflichtige Jugendliche über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus beschäftigt werden? In der bürgerlichen Presse wird von Arbeitgeberseite auf Grund einer Entscheidung des sächsischen Oberlandesgerichts die Sache so dargestellt, als ob es rechtlich zulässig sei, Jugendliche ohne weiteres die für den Schulbesuch notwendige Zeit nacharbeiten zu lassen. Diese Darstellung ist falsch! Der Arbeitgeber kann nur dann in

der Beschäftigung Fortbildungspflichtiger von der für seinen Betrieb regelmäßigen Arbeitszeit abweichen, ohne sich strafbar zu machen, wenn eine entsprechende Festsetzung der Arbeitszeit, die im Einverständnis mit der Betriebsvertretung erfolgt sein muß, Ausnahmen für die Jugendlichen vorsieht. Dies wird kaum irgendwo der Fall sein; insolgedessen macht sich der Arbeitgeber strafbar, wenn er eigenmächtig für die Schulpflichtigen eine von der Regel abweichende Arbeitszeit festsetzt.

Für die Betriebsräte ergibt sich aus dieser Sachlage die Notwendigkeit, auf Innehaltung von dem festgesetzten Beginn und Ende der Arbeitszeit auch für die Jugendlichen zu achten. Darüber hinaus müssen selbstverständlich die Versuche der Arbeitgeber, für die Fortbildungsschüler im Einverständnis mit dem Betriebsrat eine andere Arbeitszeit festzusetzen, zurückgewiesen werden. Die Jugendlichen selbst aber haben die Pflicht, sich um die für ihren Betrieb geltende Arbeitsordnung zu kümmern, um etwaige Gesetzesverletzungen ihrer Arbeitgeber feststellen zu können. Für Abänderung und Anzeige werden die Organisationen dann schon Sorge tragen.

Die Unterernährung der proletarischen Jugend kommt in den ärztlichen Feststellungen zum Ausdruck, die in Köln gemacht worden sind und über die Bonessen in der „Öffentlichen Gesundheitspflege“ berichtet. Danach wurde bei 25 Proz. der untersuchten Volksschulkinder leichte und bei 60 Proz. ausgesprochene schwere Unterernährung festgestellt. Bei solcher Unterernährung ist es nicht verwunderlich, wenn, einer Arbeit von Salomon, Jena, zufolge, in Gera die Volksschüler in 2—3 Proz. mehr an Skrofulose und in 5—8 Proz. mehr an Rachitis erkrankt waren als die Schüler der höheren Lehranstalten. Bei den Mädchen war der Gesundheitsunterschied größer als bei den Knaben.

Versammlungsberichte.

Annaburg. Unsere Monatsversammlung vom 13. Mai war leider recht mäßig besucht. Viele glauben wohl, wenn sie am 1. Mai mitdemonstriert haben für die Forderungen der Arbeiterklasse, sich nun wieder die Bipselmütze des deutschen Michel über die Ohren ziehen zu können und weiter zu schlafen oder ihren Abend im Kino, Tanzsaal, und wie die Brutstätten kapitalistischer Unkultur alle heißen, zubringen zu können. — Die Verwaltung hatte die Lohnfrage mit auf die Tagesordnung gesetzt, um die Meinung der Mitglieder zu hören. Eine bezirksweise Regelung wurde verworfen, da wir dann wohl für uns einige Vorteile heraus schlagen könnten, dies aber für bestimmte Bezirke Nachteile hätte. Ein Antrag, daß wir den Weltmarktpreisen gegenüber auch Weltmarktlöhne fordern müssen, wurde einstimmig angenommen. — Der Kassenbericht wird bebattelt und entgegengenommen. Beim Punkt „Kartellbericht“ entspann sich eine endlose Debatte über die Holzangelegenheit, die wohl besser in einer öffentlichen Versammlung gepflogen werden könnte, da doch alle Arbeiter Annaburgs daran interessiert sind. Diejenigen Kollegen, die sich weigerten, ihren Pflichtbeitrag zum 1. Mai zu zahlen, wurden namentlich aufgefordert und mußten ein „Pfi“ einstecken. Es sind erfreulicherweise kaum 1/2 Duzend. — Ein Antrag, den Satz für die Aufrufe in der „Ameise“ von 20 Mk. auf 40 Mk. zu erhöhen, wurde angenommen und den anderen Zahlstellen zur Nachahmung empfohlen. Nach Besprechung einiger für die Öffentlichkeit unweiblicher Sachen schloß der Vorsitzende mit der Aufforderung, nicht zu erlahmen und dafür Sorge zu tragen, daß die nächste Versammlung besser besucht wird.

Arzberg. In unserer Monatsversammlung vom 28. April wurde dem verstorbenen Kollegen Schneider gedacht und der Vorsitzende widmete ihm einen warmen Nachruf. In der Diskussion über das neue Lohnabkommen wurde von einigen Kollegen betont, daß wir mit dem Schiedsspruch nicht zufriedengestellt sind, indem die Teuerung seit Januar mit 70 Proz. und noch mehr eingesezt hat, während die Steigerung der Löhne etwa 46 Proz. ausmacht, und wo gerade wir in Bayern in den schlechtesten Verhältnissen leben, ist gegen diesen Schiedsspruch Protest zu erheben. Zu Punkt 2 wurde Geschäftsführer Reich-Selb mit 159 Stimmen als Delegierter zum Gewerkschaftskongress in Leipzig gewählt. Kollege Jussa gab den Abschluß vom 1. Quartal bekannt. Die Gesamteinnahme betrug 78 129,90 Mk., die Ausgabe 75 100,35 Mk. Der Lokalfonds besitzt ein Vermögen von 30 469,60 Mk., wovon 30 000 Mk. bei der Sparkasse angelegt sind. Die Zahlstelle hatte am Schluß des 1. Quartals 1054 Mitglieder, 505 männlich und 499 weiblich.

Die Anträge, welche zur Generalversammlung gestellt werden, wurden zur Verlesung gebracht.

1. Soll für Wählerinnen wieder eine feste einmalige Unterstützungssumme zur Auszahlung kommen.

2. Das Verbandsorgan soll, wenn in einer Familie mehr Mitglieder sind, nur einem Exemplar verabreicht werden.

3. Die Beziehungen mit nahe verwandten Verbänden soll aufgenommen werden, bei Streiks und Aussperrungen besser ausgehalten werden zu können.

Als Kandidaten zur Generalversammlung wurden die Kollegen Heinrich Rister, Reich (Arzberg) und Gläsel, Georg (Dreher), ange stellt. Reich gab bekannt, daß die schon längere Zeit krankes Mitglied der Joh. Köhlmann und Adolf Zuber (Dreher) je 300 Mk. und Johanna Pibel 200 Mk. Unterstützung aus dem Lokalfonds erhalten haben. Zum Betriebsräteamt in Marktredwitz wurde Carl Rütberger bestimmt. Zum Schluß gab der Vorsitzende bekannt, daß, wenn Mitglieder gesonnen sind, eine Feuer- oder Kinderversicherung abzuschließen, dies die Volksfürsorge in Anspruch zu nehmen ist.

Alma. Eine außerordentliche Zahlstellenversammlung beschloß sich ausschließlich mit der Generalversammlung und stellte folgende Anträge:

1. Bei größeren wirtschaftlichen Streiks möge in Zukunft über Abschluß derselben die gesamte Mitgliedschaft durch Abstimmungen entscheiden, so daß eine Einzelanordnung des Hauptvorstandes vermieden wird.

Begründung: Das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder wird hierdurch gewahrt und der Hauptvorstand der Verantwortung entbunden.

2. Verbandsangestellte sind nicht zu öffentlichen Ämtern aufzustellen, ebenso als Delegierte zu Kongressen usw.

Begründung: Durch Ämter wird ihre Arbeitskraft den Mitgliedern entzogen und zu Kongressen werden so wie so Verbandsbeamte delegiert.

3. Der Lokalbeitrag soll in Wegfall kommen. Für diesen sind den Zahlstellen 20 Proz. der Verbandsbeiträge zur Deckung ihrer Auslagen zu überlassen.

Begründung: Die Kassengeschäfte werden bedeutend vereinfacht und die Kassierer, besonders der größeren Zahlstellen, bedeutend entlastet.

4. Lohnabkommen und Tarifabschlüsse sollen den einzelnen Zahlstellen auf schnellstem Wege ohne Rücksicht auf die Kosten übermittelt werden.

Begründung: Wochenlang müssen die Mitglieder nach jedem Abschluß warten, bis ihnen von seiten des Hauptvorstandes eingehender Bericht zugeht.

5. Die Generalversammlung soll Mittel und Wege zum Zusammenschluß verwandter Verbände zu einem einzigen Industriebund suchen.

Begründung: Bei Lohnkämpfen sind kleine Verbände dem Unternehmertum gegenüber beinahe machtlos.

6. Bei künftigen Lohnverhandlungen ist darauf zu dringen, daß Frauen, wenn sie Männerarbeit verrichten, auch Männerlohn erhalten.

Begründung: In letzter Zeit machen sich die Unternehmer einen Extraprofit daraus, daß sie speziell in der Stanzerei Frauen an große Pressen stellen und geringer entlohnen.

Zum Schluß der Versammlung wurde noch folgende Resolution zur Veröffentlichung angenommen:

„Die Zahlstelle Alma fordert sämtliche Gewerkschaften auf, für die Auflösung der Arbeitsgemeinschaften einzutreten, damit die Arbeiterschaft unabhängig von denselben ihre wirtschaftlichen Forderungen durchkämpfen kann. Dazu ist selbstverständlich Zentralisierung sämtlicher Verbände notwendig. Durch die Zersplitterung der Arbeiterschaft in viele kleine Verbände war es bis jetzt unmöglich, eine gemeinsame Aktion durchzuführen. Dies soll ein Anstoß sein, anderen Zuständen den Weg zu bahnen.“

Anmerkung der Redaktion: Die in der Begründung zum Antrag 4 aufgestellte Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. Um zu zeigen, wie weit man bei der Begründung des Antrages im blinden Eifer daneben gegriffen hat, führen wir die in Frage kommenden Daten der letzten Monate an: Ueber die Verhandlungen vom 20. bis 24. September 1921 in Eisenach wurde am 27. September ein gedruckter Bericht an die Zahlstellenverwaltungen versandt; über die Verhandlungen am 20. Oktober 1921 wurde am 21. Oktober direkt von Nürnberg aus berichtet; das Ergebnis der am 29. Oktober 1921 in Dresden abgeschlossenen Verhandlungen wurde noch am gleichen Tage in einem kurzen Bericht durch Rundschreiben und am 5. November gedruckt den Zahlstellenverwaltungen zugestellt. Der Schiedsspruch vom 5. Januar 1922 wurde noch am gleichen Tage von Dresden aus versandt; der Schiedsspruch vom 27. Februar 1922, der eigentlich erst am 28. Februar morgens gegen 2 Uhr verkündet wurde, wurde am 28. Februar an die Zahlstellen verschickt; das Lohnabkommen vom 13. April, zu dem am 14. April gegen 2 Uhr morgens die Parteien ihre Zustimmung gaben, wurde am 14. April von München aus den Zahlstellen zugeschickt. Die Erläuterungen und das Umrechnungsschema zu diesem Lohnabkommen wurden am 21. April in Nürnberg fertiggestellt. Eine Bekanntmachung durch Schreibmaschinendruckfertigung konnte wegen des Umfangs nicht in Frage kommen, und es mußte daher der Druck abgewartet werden. Am 29. April lieferte die Druckerei einen Teil der bestellten Exemplare und noch am gleichen Tage erfolgte der Versand.

Grünstadt-Neuleiningen. In der am 30. April stattgefundenen Versammlung stand auf der Tagesordnung: Kassenbericht, Lohnarif, Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskongress, Vorschlag eines Kandidaten zur Verbandsgeneralversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte man dem verstorbenen Kollegen Schneider. Der Vorsitzende, Kollege Chr. Bügenburg, bedauerte sehr, daß zu dieser wichtigen Versammlung wieder viele Kollegen durch Abwesenheit glänzten. Der Kassierer gab den Kassenbericht vom letzten Quartal. Kasse und Bücher wurden in guter Ordnung befunden, und wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Kollege Chr. Bügenburg gab das letzte Lohnabkommen bekannt. Ueber diesen Punkt konnte man nur äußern, daß es ein klägliches Abkommen sei. Zum Gewerkschaftskongress wurde von der Versammlung Kollege Uebel, Köln, aufgestellt. Als Kandidat zur Verbandsgeneralversammlung wurde einstimmig Kollege Buch nominiert. Es wurden noch einige örtliche Angelegenheiten erörtert. Mit Worten der Ermahnung an die Mitglieder, daß nur Einigkeit stark macht und geschlossener Wille zum Siege führt, wurde die Versammlung geschlossen.

Walderburg. Unsere letzte Zahlstellenversammlung wurde bei vollbesetztem Haus eröffnet. Einleitend wurden fünf verstorbene Mitglieder in der üblichen Weise geehrt und auch dem verstorbenen Kollegen Schneider in besonders ehrenden Worten gedacht. Zu Punkt 1 der Tagesordnung sprach in längeren Ausführungen Genosse Girsch über die Bedeutung des 1. Mai. Als 2. Punkt stand der Bericht über die Lohnverhandlungen in München auf der Tagesordnung. Geschäftsführer Hillmer berichtete hierzu eingehend über den Gang der Verhandlungen. Unverständlich sind die Angebote der Unternehmer von 7 bis 20 Proz. Er kam im Anschluß hieran auf den Schiedsspruch zu sprechen, welcher gefällt wurde, und gibt die genauen Sätze bekannt. Er beleuchtet auch in kurzen Worten die Forderungen der christlichen

Arbeitervertreter, die in so trassen Gegensätzen zu den unseren standen. Die Diskussion hierzu bewegte sich in sehr lebhaftem Rahmen. Allgemein wurde der Ansicht Ausdruck gegeben, daß auch dieser Schiedsspruch noch bei weitem nicht der Teuerung Rechnung trägt. Trotz der hohen Dividenden, die die Unternehmer haben, schämen sie sich nicht, solche lächerlichen Angebote zu machen. Fast müßte man denken, der Unternehmer kaufe keine Lebensmittel, daß er die hohen Preise nicht kenne. Aber bekanntlich bekommen wir nur die Teuerung richtig zu spüren, bei denen der Geldbeutel stets leer ist und auch bleibt. Es wurde folgende Entschliebung angenommen: „Die Zahlstelle Waldeburg protestiert energisch gegen das frivole Handeln der Unternehmer, indem sie uns solche Anerbieten machen; die Zahlstelle Waldeburg erklärt, daß sie das Lohnabkommen in keiner Weise befristigen kann.“ Als 3. Punkt kam die Vorschlagsliste der Kandidaten zur Generalversammlung zur Sprache, und es wurden die nachstehenden Kollegen aufgestellt: Hillmer, Hirsch, Hübner, Liffon und die Kollegin Beck. Nach verschiedenen Angelegenheiten betrieblicher Natur schloß der Vorsitzende mit dem Appell zur Einigkeit die interessante Versammlung.

Zur Beachtung für die Kassierer!

Die statistische (graue) Karte für Monat Mai ist spätestens bis zum 3. Juni ausgefüllt an das Verbandsbureau einzusenden. Als Fristtag gilt Sonnabend, der 29. Mai.

Die Statistik müssen wir monatlich bis spätestens den 10. fertigstellen dem Reichsstatistischen Amt übermitteln haben. Zur Fertigstellung benötigen wir aber auch einige Tage Zeit. Es können deshalb statistische Karten, die erst am 10. und später hier eingehen, nicht mehr verwertet werden. Die Einsendung der Karten an uns muß also innerhalb der am Kopfe derselben angegebenen Zeit erfolgen.

Die Karten für April haben zu spät eingelangt: Am 10. Mai Geringswalde, Kleindembach, Köslau und Koflau, am 11. Mai (Aufgabestempel) Dresden und am 13. Mai Delsnik. Einige Zahlstellen haben überhaupt die Karte nicht eingekauft. Wir werden künftig jedesmal die Zahlstellen bekanntgeben, die sich dieser kleinen Mühe nicht unterziehen.

Das Verbandsbureau.

Quittung.

Über eingekaufte Gelder in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1922.

Altendstadt 4073,20; Althaldensleben 59 000,—; Amberg 4971,25; Annaburg 21 000,—; Arnstadt 1500,—; Arzberg 55 000,—; Anna 23 000,—; Bayreuth 10 000,—; Berlin 65 000,—; Blankenhain 10 000,—; Bonn 33 000,—; Brambach 2910,—; Brattendorf 15 000,—; Breslau 17 000,—; Burgau 3900,—; Cassel 1300,—; Coburg 52 000,—; Colditz 51 000,—; Dresden 120 000,—; Eisenach 250,—; Eisenberg 10 000,—; Elberfeld 2300,—; Elmshorn 12 000,—; Elsterwerda 8000,—; Farge 3300,—; Flörsheim a. M. 8141,60; Frankfurt a. M. 2000,—; Frankfurt a. d. O. 17 300,—; Fraureuth 18 000,—; Freiberg i. Sachsen 20 000,—; Freienortla 6000,—; Freital-Botschappel 7000,—; Fürstentberg a. W. 5500,—; Geringswalde 1000,—; Goldlauter 4300,—; Gräfenhain 55 000,—; Greußen 618,90,—; Grünhain 3300,—; Grünstadt 22 079,60; Hausen 1700,—; Hennigsdorf 15 500,—; Hermsdorf 40 000,—; Hirschau 20 000,—; Hochstadt 3454,20; Hochstadt 6000,—; Hohenberg 18 200,—; Hornberg 8124,85; Ilmenau 110 000,—; Jecha 10 500,—; Kahla 100 000,—; Karlsruhe 9000,—; Kahlhütte 13 692,70; Kirchenlamitz 7019,45; Kleindembach 4325,—; Kloster Weiskdorf 30 000,—; Köln 10 000,—; Königszelt 37 000,—; König 4527,94; Köppelsdorf 60 000,—; Kronach 26 000,—; Krummenaab 5180,72; Kripps 1700,—; Laasdorf 2600,—; Lauf 1000,—; Lettin 5500,—; Limbach 12 000,—; Lübeck 5500,—; Ludwigsburg 5000,—; Mäbendorf 5650,—; Magdeburg 26 000,—; Mannheim 7000,—; Margarethenhütte 58 000,—; Markt-leuten 3000,—; Marktredwitz 37 300,—; Meuselbach 1500,—; Meuselwitz 12 850,—; Mitterteich 15 000,—; Moschendorf 21 060,—; Mühlhausen 3306,95; München 10 000,—; München-Stadbach 800,—; Müschchen 4607,76; Neuhaldensleben 50 000,—; Roffen 1500,—; Rürnberg 774,10; Oberkoben 9000,—; Delsnik 2350,—; Ohrdruf 40 000,—; Oichab 4743,20; Osterode 4000,—; Peterwitz 400,—; Planckhammer 13 195,—; Plau 10 000,—; Pöckel 5012,—; Preßig 7808,—; Ratingen 6000,—; Rauenstein 11 000,—; Regensburg 515,—; Rehan 24 000,—; Reichenbach 8500,—; Rheinsberg 8500,—; Rodach 14 188,60; Roßhüh 8000,—; Köslau 24 000,—; Koflau 6000,—; Rudolstadt 22 000,—; Schauberg 5000,—; Scheibe 6162,75; Schirnding 10 000,—; Schmiedeberg 32 000,—; Schney 6400,—; Schönwald 48 000,—; Schorn-dorf 6600,—; Schramberg 6000,—; Schwandorf 1491,20; Schwarzenbach 13 700,—; Schwarzenfeld 2272,90; Schweidnitz 2413,32; Selb 180 000,—; Selb-Blöckberg 15 000,—; Siehdorf 9000,—; Sophienau 12 000,—; Sophienthal 300,—; Sorau 6000,—; Spandau 5500,—; Stadtilm 3081,25; Stadtlengsfeld 15 709,—; Staffel 13 809,23; Stanowitz 14 000,—; Steinbach 721,85; Steinwiesen 2400,—; Suhle 6121,80; Teltow 19 000,—; Tiefenfurt 20 000,—; Tillowitz 12 000,—; Tirschenreuth 20 000,—; Triptis 10 519,45; Uhlstädt 4343,—; Unterböbitz 1700,—; Unterweißbach 12 623,60; Velten 4500,—; Vohenstrauß 6000,—; Vordamm 9000,—; Waldeburg 110 000,—; Waldershof 5000,—; Walde-lsen 27 000,—; Wallhausen 9000,—; Weiden 32 000,—; Weiskwasser 6000,—; Windisch-Eschenbach 5191,65; Wittenberg 25 000,—; Wunsiedel 4000,—; Zell 16 000,—; Zwickau 14 600,—; Apel-Ilmenau 24,95; Böhme-Eilenberg 260,—; Finsterer-Ropenhagen 80,—; Geier-Hochstädt 20,—; Griesbach-Dresden 190,70; Hebe-Weiskwasser 72,—; Köhler-Dresden 208,—; Langhammer-Wilkau 91,—; Löhlein-Sangenthal (Schweiz) 25,—; Martin-Rudolstadt 50,—; Mehlhorn-Hoboken (Hme-nau) 11 000,—; Michelsohn-Berlin 111,—; Postabonnenten 2802,—; Reichsamt für Arbeitsvermittlung-Berlin 663,80; Postamt 2-Char-lottenburg 59,—; Richter-Rudolstadt 14,—; Rottmann-Stadtilm 200,—; Sad-Schwarzenbach 112,—; Theiner-Langwiesen 7,—; Verband der Arbeitgeber von Ohrdruf und Umgegend 7,60 M. In Summe: 772 604,07 M.

Berichtigung.

Bei der Quittung für die Sammlung für das Mitglied Joh. Schmidt muß es in der Unterschrift heißen: Karl Köls, Kassierer, anstatt Karl Kofauer, Kassierer.

Achtung! Delegierte zur Generalversammlung!

Die hohen Hotelpreise machen es nötig, daß wir das Entgegenkommen unserer Mitglieder in Dresden bei der Wohnungsbeschaffung in Anspruch nehmen. Wir sind auch in der Lage, allen Delegierten Wohnung in Privat nachweisen zu können und haben bereits eine der vollen Anzahl der Delegierten entsprechende Anzahl Wohnungen vorgemerkt. Damit wir nun nicht Wohnungen vergeblich freihalten, ist es unbedingt erforderlich, daß die Delegierten, die nicht auf eine von uns besorgte Wohnung reflektieren, dies sofort, nachdem sie Kenntnis von ihrer Wahl erhalten haben, an den Unterzeichneten mitteilen.

Im Auftrage des Lokalkomitees:
Paul Miertjcke, Geschäftsführer,
Dresden-N., Ribbenbergerstr. 6, III.

Zur Beachtung für die Zahlstellenverwaltungen und Betriebsräte!

In dem durch Sonderdruck in Broschürenform an die Zahlstellenverwaltungen für diese und die Betriebsräte zugesandten „Münchener Lohnabkommen“, gültig ab 8. April 1922, ist in der auf Seite 2 enthaltenen Lohnstafel ein Druckfehler enthalten. Unter „Sonstige Arbeiterinnen“ heißt es in der ersten Zeile: „15 bis 18 Jahre“; das ist nicht richtig. Es muß heißen: „16 bis 18 Jahre“.

Adressen-Änderungen.

Farge. Vorsitzender: Wilhelm Köster, Dreher, Kolonie 40.
Schriftführer: Rudolf Weber, Dreher, Kolonie 52.
Krummenaab. Revisor: Joseph Schmidt, Dreher, Nr. 43.
Lettin. Schriftführer: Karl Weiße, Döslau, Heideweg 11.
Stanowitz. Vorsitzender: Karl Schlate, Maler, Schweidnitzerstraße 31a. Schriftführer: Josef Sauer, Maler, Striegauerstr. 1a.
Vohenstrauß. Schriftführer: Johann Frischholz, Maler, Nr. 115.

Berichtigung Arzberg.

Im Aufruf für Kollegen Johann Böhlmann muß es in der Unterschrift heißen: Robert Sussa, nicht Sussa.

Berichtigung Elmshorn.

Im Aufruf für Kollegen Franz Walter muß es in der Unterschrift heißen: Karl Henseler, nicht Henseler.

Aufruf!

Unsere Verbandskollegen Vinzenz Schreiner, organisiert seit 1918, und Josef Weib, organisiert seit 1919, welche schon längere Zeit krank und aus allen Kassen angesteuert sind, befinden sich beide in einer sehr traurigen Lage. Da wir selbst schon längere Zeit arbeitslos gewesen sind, ist es uns unmöglich, die beiden Kollegen länger zu unterstützen. Wir bitten daher die anderen Zahlstellen, die Not unserer beiden Mitglieder lindern zu helfen. Quittung erfolgt in der „Ameise“. Gelder sind zu senden an Kassierer Josef Stubenvoll, Dreher, Hirsch a. b. Amberg, Oberpfalz, Nr. 141.

Breslau.

Unterstützung wird im Sommerhalbjahr nur Freitags, von 4—6 Uhr, in der Wohnung des Kassierers ausgezahlt.
Joh. Ertel, Adlerstr. 9.

Breslau.

Allen Kollegen und Mitarbeitern der Breslauer Steingutwerke sowie der Direktion meinen herzlichsten Dank für die reichlichen Spenden beim Hinscheiden meines Mannes.
Louise Höfig.

Quittung.

Für unser krankes Mitglied Joh. Schmidt gingen noch ein: Grünhain i. Sa. 10,— M. Herzlichsten Dank. Summa: 1110,— M.
Zahlstelle Krummenaab. Karl Köls, Kassierer.

Berlin-Charlottenburg. Schildermaler.

Serrenpartie am Himmelfahrtstage, den 25. Mai, nach Ertner. Treffpunkt 7 Uhr früh am Schles. Bahnhof unt. Glasdach, Eingang.

Sterbetafel.

Breslau. Paul Höfig, Brennhausarbeiter, geboren am 16. Dezember 1880, gestorben am 4. Mai an einem im Kriege zugezogenen Leiden. Mitglied seit 1919.
Elberfeld. Georg Brandauer, Schriftensmaler, geboren am 28. November 1885 in Gerolsau i. Baden, gestorben am 10. Mai an Sarkomgeschwüren auf Lunge und Leber. Mitglied seit 1911.
Ohrdruf. Karl Straßmeyer, Siefer, geboren am 9. Mai 1866, gestorben am 24. März an Lungenschwindsucht.
— Andreas Möller, Porzellanarbeiter, geboren am 23. November 1861, gestorben am 10. Mai.
Stanowitz. Paul Kottwitz, Tonarbeiter, geboren am 11. September 1865, gestorben am 11. Mai. Mitglied seit 1917.
Waldeburg. Paul Gelle, Dreher, geboren am 16. April 1878 in Königszelt, gestorben am 24. April an Lungenkatarrh. Mitglied seit 1918.
— Anna Adler, Brennhausarbeiterin, geboren am 8. Februar 1895 in Haaffitz, gestorben am 4. Mai an Blinddarmentzündung. Mitglied seit 1919.
— Laura Höfner, Sieferin, geboren am 19. Juli 1855 in Altwasser, gestorben am 7. Mai an Gehirnschlag. Mitglied seit 1918.
Ehrendem Andenken!

Bekanntmachung.

In Befolgung des Beschlusses des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 2./3. Mai 1922 betr. Unterstützung der sich im Abwehrkampf gegen eine ihnen zugemutete Verlängerung der Arbeitszeit befindlichen süddeutschen Metallarbeiter hat unser Verbandsvorstand in seiner Sitzung am 15. Mai 1922 folgendes beschlossen: Mit Ausnahme der Erwerbslosen (Kranken- und Beschäftigungslosen) haben als erste Hilfe in der nächsten Lohnwoche alle männlichen Mitglieder einen Extrabeitrag von 5 Mk., und alle weiblichen Mitglieder von 3 Mk., zu leisten. Der Extrabeitrag ist Pflichtbeitrag. Die Erhebung dieses Extrabeitrages kann keinem Mitgliede erlassen werden, weil wir im Falle einer noch längeren Dauer dieses Kampfes den kämpfenden noch weitere finanzielle Unterstützung zukommen lassen müssen. Die Zahlstellenassistenten haben die gesammelten Beträge nicht etwa an den ADGB oder an die Metallarbeiter direkt abzuführen, sondern an die Hauptkasse unseres Verbandes, weil von dieser ein unserer Mitgliederzahl entsprechender Betrag an die Bundeskasse im voraus abgeführt worden ist. Beträge, die an andere Stellen als unsere Verbandskasse event. schon abgeführt worden sind oder noch abgeführt werden, können auf diese Extrabeiträge nicht angerechnet werden.

Der Verbandsvorstand.

Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen kein frankiertes Kuvert beiliegt, werden nicht weiter befördert.

Größere Porzellanfabrik der besseren Geldstrichbranche sucht zur Kontrolle der Malerei- und Druckerarbeiten

je eine tüchtige kaufmännische Kraft. Bewerber, welche schon ähnliche Obermaler-Kontroll-Posten bekleidet haben, wollen ihre Offerte mit Lebenslauf und Gehaltsansprüchen, Zeugnisabschriften senden unt. „A 10“ an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Maler für Luxus- und Geschirrbzweige, an flottes, sauberes Arbeiten gewöhnt, sucht passende Stellung als Stück- oder Mustermaler, am liebsten in Thüringen oder Nähe. Verheiratet, kleine Familie. Gesl. Offerten unter „A. 39“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Gelernter Steher und Former für weltliche und Heiligenfiguren in Gips gesucht. Infolge Wohnungsmangels Unverheirateter bevorzugt. Bewerbungen unter Angabe wieviel Stück Tagesleistung und der Firma, wo gelernt und gearbeitet, an Firma
Heinrich Muckhoffs Erben, Breslau II, Neue Taschenstr. 1 b.

Gelernter Porzellanschleifer für sofort gesucht. Offerten mit Angabe, wo überall tätig gewesen an
Porzellanmanufaktur „Union“, Edmund Quist, Kleinembach, S. W. G.

Junger, tüchtiger Unterglasurmaler, in allen vorkommenden Arbeiten der Unterglasurmalerei firm, sucht Stellung.
Gesl. Offerten unter „B. D.“ an die Redaktion der „Ameise“.

Formengießer und Einrichter für Isolatoren und Geschirr sofort gesucht.
Tonwarenfabrik Schwandorf (Bayern).

Tüchtiger Dreher, verh., 26 J., in allen vorkommenden Arbeiten firm, sucht Stellung, auch als Oberdreher. Es kommt nur eine Stellung in Frage, wo Wohnung vorhanden ist.
Angebote unter „A. 2“.

Mehrere Dreher für Isolatoren und Geschirr werden für sofort gesucht. „A. 14“.

Zwei tüchtige Formengießer gesucht.
Steinwerk Heidelberg.

Tüchtiger Steher, Formengießer (Kunstkeramik), sowie zuverlässiger Bader, möglichst ledig, zu sofortigem Eintritt gesucht.
Keramische Werke C. & E. Carstens, Rathenow.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt einige tüchtige Isolatoren-dreher. Für Ledige kann Wohnung vermittelt werden. Auch ein tüchtiger Formengießer, der im Einrichten von Modellen geübt ist, wird sofort eingestellt.
H. Schomburg & Söhne, Akt.-Ges., Porzellanfabrik, Köhlan (Anhalt).

Ein tüchtiger, unverheirateter Modelleinrichter und Formengießer für Porzellangebrauchsgeschirr zu sofortigem Eintritt gesucht. Bewerbungen sind mit Lohnansprüchen zu richten an
Oberfränkische Porzellanfabrik Reiss & Co., Marktstentzen.

Porzellanmalerei sucht sofort mehrere Maler ein, die in Hand- und Stempmalerei, sowie in Schrift bewandert sind.
Geällige Angebote unt. „A. 8“ an die Redaktion der Zeitung.

Flotter junger Schleifer für Flachgeschirr gesucht.
Offerten unter „A. 17“.

Lediger Dreher für eine Leimer gesucht. Akt.-Ges. Porzellanfabrik „Ameise“, Rudolstadt i. Thür.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt einige tüchtige Unterglasurmaler (innen) auf Strohmuster und Freihandmalerei. Ausführliche Bewerbungen erbeten unter „A. 9“ an die Geschäftsstelle des Blattes.

Dreher für Isolatoren und Geschirrporzellan sofort gesucht.
Tonwarenfabrik Schwandorf, Schwandorf i. Bayern.

Tüchtiger Zellerdreher für sofort gesucht. Lediger wegen Wohnungsmangel bevorzugt.
Porzellanfabrik Kall, Eisenberg, Thüringen.

Zuverlässiger Schreiner- und Blauarbeiter zum sofortigen Eintritt gesucht. C., E. & F. Arnoldi, Porzellanfabrik Elgersburg.

Zwei jüngere Galanterie- oder Porzellanmaler, die mit dem Spritzverfahren gut vertraut sind und selbständig arbeiten können, bei hohem Lohn nach dem Ausland (Italien und Frankreich) sofort gesucht. Nähere Auskunft erteilt
W. Seuter & Co., Kunststeinindustrie, Reutkölln, Schönstedtstr. 13.

Schablone Schneider, erste Kraft, in Schrift, Ornament, Figuren, Blumen und Landschaften, flotter Zeichner, tüchtig in Freihand für Auf- und Unterglasur, sowie Spritzen, sucht entsprechende Dauerstellung. Eintritt nach Uebereinkunft. Offerten unter „S. B.“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Geschäfts-Anzeigen.

Poliergoldbäse 75,- Mk. à Gramm. — Glanzgoldbäse 55,- Mk. à Gramm. — Ausgebr. Gold, Abfälle kauft zu den höchsten Tagespreisen
A. Geier, Goldarbeiter, Selb.

Emil Böhme - Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmied u. alle goldhaltigen Sachen. Nettstes Geschäft dieser Art. Reelle u. pünktliche Bedienung.
Man verlange Prospekte.

Soret — leset — staunet über die hohen Preise, die ich für Goldschmiede, -Nische, -Lappen und -Flaschen zahle. B. D. für Glanzgoldflaschen 30 bis 40 Pf. mit Stöpsel, Poliergoldflaschen mit Stöpsel 40 bis 70 Pf., je nach Gehalt. Alle Sendungen werden sofort erledigt.
Kurt Rottmann, Stadtilm i. Thür., Bahnhofstr. 1.

Kaufe goldhaltige Schmiede, Lappen, Nische, Flaschen, Pinsel und Malrückstände zum Einschmelzen. Höchste Tagespreise. Auf Wunsch sofortiges Einschmelzen.
Erich Martin, Rudolstadt, Untere Marktstr. 24 II.

Goldschmiede, goldhaltige Lappen, Nische, Flaschen und Pinsel kauft ständig bei reeller Bedienung zu höchsten Tagespreisen
Oskar Rottmann, Stadtilm in Thüringen.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle, wie Nische, Schmiede, Lappen, Pinsel, Flaschen zahle. Zahle für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel, 10 Gr., 20—30 Pf. Poliergoldflaschen 10 „ 25—50 „ je nach Inhalt. — Darum schickt alles zu
A. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sa.

CHRISTOPH SACK

SCHWARZENBACH A. D. SAALE

Import und Export von Schwämmen, speziell für die keramische Industrie. Stets großes Lager in sämtlichen vorkommenden Sorten. Muster bereitwilligst. Fernsprecher Nr. 17

Goldhaltige Schmiede — Lappen — Nische — Pinsel — Flaschen — Malrückstände usw. zum Einschmelzen kauft
M. Köhler, Dresden-N., Gerichtstr. 8, II.
Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiede sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen
Emil Theimer, Langewiesen b. Jm., Thür.

Gegr. 1856.	Gold, Platin und Silberabfälle aller Art		Gold-, Platin-, Silberpreis auf Anfrage
			
Beste Bedienung	Seifert, Zwickau i. S., Osterweidstr. 37.		

Goldabfälle aller Art, wie Lappen — Schmiede — Nische — Flaschen usw., auch ausgebranntes Gold, kauft stets zu höchsten Tagespreisen
Christoph Geier, Rudolstadt b. Ebersheim, Oberfranken.

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen.
Redaktion: Albin Karl, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
Druck von E. Janiszewski, Berlin SW., Elisabeth-Ufer 28/29